WB-FU-01-134*

Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 133 bis 135:
Im Herbst 2015 hatte Angela Merkel für die Aufnahme der Flüchtlinge unsere Unterstützung. Mittlerweile hat ~~ihre Regierung~~die Bundesregierung das Asylrecht beispiellos verschärft. Wir lehnen die in den so genannten Asylpaketen 1 und 2 beschlossenen Asylrechtsverschärfungen ab und wollen diese im Sinne einer humanen Flüchtlingspolitik korrigieren. Dazu gehört eine Verteilung von den Landesaufnahmeeinrichtungen in die Kommunen nach maximal drei Monaten. Weiterhin wollen wir die Abschaffung des Arbeitsverbots, die Vorgabe wieder vermehrt Sachleistungen statt Bargeld auszugeben, neue Möglichkeiten der Kürzung von Leistungen von Geduldeten mit Verweis auf angeblich fehlende Kooperation im Asylverfahren, die Möglichkeit Abschiebungen ohne Ankündigung durchzuführen, der Ausschluss vom Asylverfahren bei Verstößen gegen die Residenzpflicht in den „besonderen Aufnahmeeinrichtungen“, Aussetzung der Abschiebung nur bei schwerer oder lebensbedrohlicher Erkrankung mit Verweis auf eine angeblich vorhandene „inländische Gesundheitsalternative“ und die Verschärfungen beim Ausreisegewahrsam. Der Regierungspolitik liegt der Irrglaube zu Grunde, dass ein unattraktives Asylrecht Flucht verhindert. Wir

Begründung

mündlich